

Schwarzgeld für Jobs?

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, September 2002

Die wirtschaftspolitische Ratlosigkeit der maßgeblichen Politiker in Deutschland treibt schon beeindruckende ökonomische Blüten. Vor einigen Tagen wurde vom Bundeskanzler persönlich vorgeschlagen, Anreize dafür zu geben, Schwarzgeld aus dem Ausland, insbesondere erwähnte er Liechtenstein, zurückzuholen, weil es besser sei, das Geld werde in Deutschland für die Schaffung von Jobs verwendet, als in Liechtenstein oder Luxemburg sozusagen herumzuliegen. Selbst eine Amnestie für Steuersünder wurde ernsthaft ins Gespräch gebracht, weil man dem Verlust an Steuermoral pragmatisch gegenüberzustellen habe, daß das Geld dann wenigstens im Inland wieder zur Verfügung steht. Andere wiederum wollen mit dem "zurückgewonnenen" Geld die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Arbeitsmarktpolitik finanzieren.

An die armen Liechtensteiner oder Luxemburger denkt offenbar keiner. Was machen die denn, wenn denen "unser Geld" auf einmal nicht mehr zur Verfügung steht? Was haben, in der Vorstellung der deutschen Politiker, die Banken in diesen Zwergstaaten mit dem Geld gemacht? Offenbar wurden Zinsen an die deutschen Kapitalflüchtlinge gezahlt, denn ganz ohne eine Rendite hätte - trotz Steuerhinterziehung - sicher niemand dort angelegt. Folglich mußten die Banken dort das Geld produktiv anlegen, weil sie Zinsen nur bezahlen können, wenn sie selbst Zinserträge erhalten. Von "Rumliegen" des Geldes kann also von vornherein keine Rede sein. Wo aber haben die Banken der Zwergstaaten das Geld investiert? Haben sie den Bau von Häusern und Fabriken in Liechtenstein oder Luxemburg damit auf den Weg gebracht?

Da müßten bei der Menge an eingesammeltem Kapital jetzt aber viele neue Häuser und Fabriken in den beiden Kleinststaaten stehen und die wenigen Einwohner wären mit nichts anderem beschäftigt, als die Kredite für ihre zehn Autos, fünf Wohnhäuser und drei Fabriken abzubezahlen. Auch müßten die Warenströme ins Ausland aus diesen Ländern ganz ordentlich angeschwollen sein, da man sich beim besten Willen nicht vorstellen kann, daß die Luxemburger Bürger neben all den oben erwähnten teuren Anschaffungen auch noch jeweils zwei Textil- oder eine professionelle Druckmaschine erworben haben. Schließlich hätte man erhebliche Wanderungen von Arbeitskräften in diese Länder beobachten müssen, da selbst bei modernster Technik die Mengen an Produkten mit den wenigen heimischen Arbeitskräften nicht zu bewältigen gewesen wären.

Wenn all dies aber nicht zutrifft, können die Banken in den Schwarzgeldoasen, die zu einem erheblichen Teil ja Töchter deutscher Banken sind, das Geld wohl nur wieder ins Ausland, also auch nach Deutschland, transferiert haben. Das Geld, auf das alle Welt nun händeringend wartet, war folglich nie weg, sondern wurde über den Umweg Liechtenstein oder Luxemburg sofort wieder in Deutschland und anderen großen Ländern angelegt, weil sonst eine Verzinsung und ein Geschäft für die Bank gar nicht möglich gewesen wäre. Nur die Herkunft des Geldes wurde über den Umweg verschleiert. Mit einer Amnestie oder anderen Anreizen, die Umwegfinanzierung zu beenden, holt man also per Saldo keinen einzigen Euro zurück. Folg-

lich kann auch die "positive Wirkung" des Zurückholens nicht gegen die offensichtlichen Nachteile einer Amnestie gegengerechnet werden. Die Deutsche Bank kann lediglich ihre Luxemburger Filiale schließen, weil sie das anlagesuchende Kapital jetzt zu gleichen Bedingungen direkt in Deutschland bekommt.

Neben schlichter Unkenntnis über internationale Finanzverflechtung zeigt die Debatte über das Auslandsgeld aber, daß die deutsche Wirtschaftspolitik unter einer Doktrin leidet, die der Politik von der herrschenden Meinung in der Ökonomie aufoktroziert wurde. Danach gibt es in der Gesamtwirtschaft wie in jedem einzelnen Haushalt eine jederzeit begrenzte Menge von Ersparnissen, einen Sparfonds sozusagen, mit dem die Finanzminister und die privaten Investoren wirtschaften müssen. Erhöht man diese Ersparnis, indem man im Ausland "geparktes" Geld reaktiviert, hat man scheinbar "mehr" Geld zur Verfügung, um im Inland zu investieren.

Durch die Umwegfinanzierung wurde jedoch per Saldo gar kein Geld abgezogen, weil das Kapital, das man exportiert hatte, sofort wieder importiert wird. Zieht man aber tatsächlich per Saldo Geld ab (Kapitalimport ist größer als der Kapitalexport), dann müssen sich auch die Güterströme entsprechend anpassen, weil der Saldo der Leistungsbilanz immer exakt gleich dem Saldo der Kapitalbilanz ist. Wer etwa aus den USA Kapital abziehen will, muß folglich auch auf die schönen Überschüsse im Waren- und Dienstleistungshandel verzichten, die im Inland Arbeitsplätze gebracht haben. Die Verminderung dieser Überschüsse führt nicht nur zum Verlust der Arbeitsplätze, sondern unmittelbar auch zu sinkenden Gewinnen der Unternehmen im Inland. Die Gewinne der Unternehmen sind aber zugleich die Ersparnis, die der Unternehmenssektor zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis beisteuert. Wer folglich die heimischen Ersparnisse durch Repatriierung erhöhen will, vermindert zugleich die heimischen Ersparnisse an anderer Stelle.

Die herrschende Lehre in der Ökonomie hat mit der Theorie des Sparfonds die wichtigste Variable einer Marktwirtschaft, die Gewinne der Unternehmen, wegdefiniert. Das ist konsequent, weil es in dieser Theorie seit ihren Anfängen keinen wirklichen Unternehmer gibt, sondern nur Agenten, die für einen optimalen Tausch aller schon vorhandenen Ressourcen einschließlich der Ersparnisse sorgen. In dieser Ökonomie gibt es keine Unsicherheit, keine wirklichen Investitionen und keinerlei wirtschaftliche Entwicklung. Dafür kann man aber in klar definierten einfachen Welt sehr leicht anspruchsvolle mathematische Modelle bauen und den Eindruck erwecken, man sei ein großer Wissenschaftler.

Nicht ganz nachzuvollziehen ist nur, wieso sich Politiker, die wiedergewählt werden wollen und daher einen gewissen Erfolg in der realen Welt brauchen, sich diese Doktrin haben verschreiben lassen, obwohl die meisten von ihnen, Juristen zumal, eine natürliche Scheu vor der Mathematik haben. Das muß wohl daran liegen, daß sich zufälligerweise die Theorie vom Sparfonds mit der Vorstellung trifft, die den guten Hausvater und den braven Unternehmens- oder Politikberater eint: Man kann nur so viel ausgeben, wie man hat. Wäre die Geschichte der Menschheit nach dieser Doktrin verlaufen, hätten wir allerdings die Bäume nicht verlassen müssen. Aber es ist ja nie zu spät für den Weg zurück zu den Anfängen.